Sachbuch

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Rezensent ist Ordinarius für Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.

Ludger Kühnhardt

Normativ geführte Reflexion

Zwei Beiträge zum Thema «Verantwortungsgesellschaft»

Promotionen, die mehr sind als Fussnotenfriedhöfe und vorsichtigste Erörterungen zumeist schon wohlbekannter Sachverhalte, sind in der Politikwissenschaft nicht sehr verbreitet. Auf Standpunktabhandlungen, die wenig zur Erkenntnisbeförderung in einer Sachfrage beitragen, kann indessen auch verzichtet werden. Ein Mittelweg zwischen Klarheit und Mut zum Standpunkt einerseits und profilierter, empirisch gesättigter Auseinandersetzung mit Quellen, Schrifttum und – wo nötig – zeitbezogener Publizistik anderseits: Das findet sich selten. *Andreas Püttmann*[1] hat in seiner Bonner – von *Wolfgang Bergsdorf* betreuten – Dissertation bewiesen, dass auch an Dissertationsvorhaben der Politikwissenschaft höchste Ansprüche gestellt werden können. Er hat eine pointierte, sachkundige und analytisch ebenso abgewogene wie dezidierte Arbeit verfasst, die überdies die besten Fähigkeiten der Politikwissenschaft, als Integrationswissenschaft einen Beitrag zur Erhellung der Bedingungsgrundlagen der Demokratie zu leisten, unter Beweis stellt. Im Schnittfeld zwischen Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Theologie ist seine Arbeit unter dem durchaus Neugierde weckenden Titel «Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität» erschienen. Sie wird nicht jeden, der sie zur Hand nimmt, beglücken. Aber sie ist wichtig und verdient grössere Aufmerksamkeit.

Die Kernthese Püttmanns findet sich in der Mitte seiner Arbeit: Er begründet, warum Christen die besseren, die gesetzestreueren Bürger sind. *«Die politisch-ethische Substanz der grundgesetzlichen Ordnung macht es den Christen beider Konfessionen leicht, in der Bundesrepublik Deutschland ‹ihren Staat› zu erkennen und zu beherzigen, ‹dass in ihm und mit ihm nostra res agitur›... Unter dieser Voraussetzung erzieht die in der christlichen Botschaft enthaltene Normativität – vor allem Dekalog, Seligpreisungen, Tugendlehre, Bussforderung – zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im religiös-kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich. Christlich sozialisierte Menschen werden insofern mit grösserer Wahrscheinlichkeit disziplinierte, pflichtbewusste Bürger sein»* (Seite 311 f.).

Püttmann leitet diese These nicht allein aus einer quellenkritischen Auseinandersetzung mit kirchenamtlichen Texten ab, die er einfach gewissermassen «hochrechnet», um sie auf die Kirchenmitglieder anzuwenden. Er belegt seine Studie mit reichem empirischem Material, das nicht jeder gerne hören mag. Beispiele:

– Die Meinung, dass die Beachtung der Gesetze und der staatlichen Ordnung zu den Erhaltungsbedingungen der Demokratie gehört, hielten im November 1990 von den unter dreissigjährigen Deutschen nur mehr 48 Prozent in West- und 46 Prozent in Ostdeutschland für unverzichtbar (Seite 22);

– Die Bereitschaft zur Unterstützung der Polizei bei rechtswidrigen Situationen (Hausbesetzungen usw.) wächst mit der Kirchennähe, wiederum haben kirchennahe Katholiken mit 62 Prozent eine bessere Meinung von der Polizei als kirchennahe Protestanten mit 54 Prozent (Seite 268).

Doch Püttmann will nicht nur die höhere Staatsloyalität der Christen und unter ihnen wiederum der Katholiken «beweisen». Mit den Amtskirchen und innerkirchlichen Strömungen geht er durchaus sehr kritisch ins Gericht. Er setzt sich auseinander mit einer zweifelhaften Bejahung von Formen zivilen Ungehorsams durch manchen exponierten Kirchenvertreter und erörtert intensiv, was

1 Andreas Püttmann: Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität. Konfession und Staatsgesinnung in der Demokratie des Grundgesetzes, Schöningh-Verlag, Paderborn 1994.

man als «Selbstsäkularisierung der Kirchen» beschreiben kann: Dass sie mehr oder minder allesamt in der Begründung ethisch-moralischer Positionen im öffentlichen Leben eher auf gängige politische oder staatsrechtliche Argumente als auf originär christliche Positionen hinweisen, führt Püttmann als ein Beispiel dieser Entleerung eines christlichen Propriums in den Kirchen selbst an.

Seine Arbeit schlägt einen grossen Bogen – nicht nur von den theologisch-staatstheoretischen Debatten seit der Zeit des *Heiligen Augustinus* bis hin zur anhaltend aktuellen Diskussion um die Deutung von Römer 13. Er skizziert die breite Palette der Problematik zivilen Ungehorsams, die in der alten Bundesrepublik im Kontext von Atomkraftpolitik, Nato-Nachrüstung und Hausbesetzung in den achtziger Jahren einen Höhepunkt erlebte, und er geht der äusserst kontroversen Frage nach dem Verhältnis der christlichen Kirchen im und gegenüber dem Diktaturstaat der DDR nach. Diese Passagen seiner Arbeit lesen sich besonders spannend und frisch, an ihnen wird man in der weiteren Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und mit den Deutungen der gesellschaftlichen Bedingungen des Einigungsprozesses nicht vorbeikommen können. Dennoch wirken sie ein wenig eingeschoben, nachgeschoben, allzumal in den Schlusskapiteln ein politiktheoretisches Fazit gezogen wird, das eher wieder nur auf die Tatbestände verweist, die Püttmann für die «alte Bundesrepublik» herausgearbeitet hat.

Seine Studie ist – ungeachtet solcher Unebenheiten – ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um das Verhältnis von Politik und Religion.

Nicht viele Bücher von Politikern nimmt der historisch-politisch interessierte Intellektuelle gerne zur Hand, jedenfalls dann nicht, wenn er mehr zu finden hofft als blosse Politikrhetorik oder Bekenntnislyrik. So schrumpft die Gruppe jener Politiker des Landes, deren schriftliche Reflexionen der Würdigung wert sind, auf eine kleine Zahl zusammen. *Christoph Böhr*[2] gehört zu dieser dünn gesäten Spezies. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz ist mehr, als der formale Titel seiner politischen Position vermuten liesse. Er gehört zu den seltenen klugen und kritisch-konstruktiv denkenden Köpfen nicht nur seiner Partei, sondern in der Parteienlandschaft insgesamt. Sein Wort von der *«Verantwortungsgesellschaft»* kennzeichnet sein Credo, seine politische Vision für Deutschland heute und morgen. Böhrs Buch ist eine kluge historische Einordnung und normativ geführte Reflexion über die Sinn- und Geschichtszusammenhänge des Epochenwechsels.

Böhr sucht nach einer Ethik des wohlverstandenen Eigennutzes, um dem Gemeinwesen Sinn und Perspektive zu verleihen.

Böhr tut deshalb gut daran, die Epochenjahre 1789 und 1989 zu vergleichen, ehe er auf Ordnungsfragen der deutschen Gesellschaft und der europäischen Staatenwelt zu sprechen kommt. Er sucht nach einer Ethik des wohlverstandenen Eigennutzes, um dem Gemeinwesen Sinn und Perspektive zu verleihen. Er will nicht moralistisch das Gemeinwohl beschwören, ist aber auch aller Libertinage abgeneigt. So sucht er nach neuen Konkretionen der schottischen Moralphilosophie in der Tradition eines *Adam Smith* und anderer. Ihre Kategorien denkt der studierte Philosoph Böhr mit Ordnungsanfragen an die deutsche Wohlstands- und Wohlfahrtskultur zusammen. Die notwendige Begrenzung politischer Regelungsansprüche verknüpft Böhr mit dem Gedanken der individuellen Freiheit: *«Die gesamteuropäische Aufgabe, freiheitliche Ordnungen zu stiften, lässt sich beschreiben als politische Aufgabe, Regeln zu bestimmen und verbindlich durchzusetzen, die der Moral Geltung verschaffen, gerade weil das Handlungsmotiv des einzelnen ausschliesslich persönlichen Zielen folgt.»* Damit eröffnet Böhr den Diskurs über die Grundlagen posttotalitärer Demokratietheorie aus einer eigenwilligen Perspektive. Es lohnt, seine Gedanken kennenzulernen und weiterzudenken. Für ihn entspräche es dem Mechanismus des Marktes, wenn diese Debatte kontrovers geführt würde. Der schwierige Weg zur Freiheit ist nicht mit leichten Antworten gepflastert. Böhr plädiert für den Vorrang der Ordnungs- und Institutionenethik vor einer Handlungsethik der guten Tat. Sein Akzent gehört in die grosse Debatte über die Zukunftsfähigkeit der Demokratie zwingend hinein. ✦

2 Christoph Böhr: Der schwierige Weg zur Freiheit. Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche, Bouvier-Verlag, Bonn 1994.